

Wie der Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund, Herbert Rische, ankündigte, können die 20 Millionen Rentner in der Bundesrepublik auf eine deutliche Erhöhung ihrer Altersbezüge hoffen. Für das kommende Jahr wurde in Aussicht gestellt eine Rentenerhöhung von 3,2 Prozent in den neuen Bundesländern und 2,3 Prozent in den alten Ländern. Zugleich könnte es eine Beitragssatzsenkung um 0,3 Prozentpunkte geben. Dazu entschieden ist allerdings noch nichts. Erst im Frühjahr wird die endgültige Rentenanpassung festgelegt.

Angesichts der positiven Prognose für die Rentenentwicklung erklärte Matthias Bärwolff, Sprecher für Sozialpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Eine Rentenerhöhung ist schon lange überfällig. Allerdings darf die derzeit gute Finanzausstattung der Rentenversicherung nicht darüber hinwegtäuschen, dass vor allem im Niedriglohnland Thüringen in den nächsten Jahren zunehmend mit Altersarmut zu rechnen sein wird. Diesem Risiko muss auch die Landesregierung vorbeugen, u.a. in dem sie sich für tarifliche Beschäftigung einsetzt.“

Die große Anzahl von Niedriglohnempfängern und Langzeitarbeitslosen führe zu immer weiter sinkenden Auszahlungsbeträgen, die dann bei einer Armutsrente auf Grundsicherungsniveau endet. „Wir brauchen endlich eine Mindestrente, die armutsfest ist. Die bisherigen Rentenreformen haben lediglich die Unternehmen entlastet und Risiken auf die Einzahler und künftigen Rentner verlagert“, monierte der Sozialpolitiker. Wer aber mit Niedriglohn abgespeist werde, könne nicht privat vorsorgen. Betriebsrenten gebe es bei Schlecker und Co. ebenfalls

# Für eine Mindestrente, die auch armutsfest ist

**DIE LINKE: Renten kräftig anheben, Beiträge stabil halten, Altersarmut bekämpfen**

nicht. Der Abgeordnete der LINKEN verlangt nun mit einer parlamentarischen Anfrage an die Landesregierung Antworten auf die Frage, wie sich die Altersarmut in Thüringen entwickeln wird. Er verweist darauf, dass bereits über neun Milliarden Euro für die Riesterreute in die private Versicherungswirtschaft geflossen sind.

**Real sind die Renten in den letzten Jahren deutlich gesunken**

Dieses Geld fehle dem Rententräger. „Die Rente mit 67 muss abgeschafft werden, denn sie bedeutet für die künftigen Rentnerinnen und Rentner Kürzungen und Abschläge!“

Dass die angekündigte Rentenerhöhung dazu beitragen könnte, das durch die Preissteigerungen der vergangenen Jahre in den Portemonnaies der Rentnerinnen und Rentner entstandene Loch wenigstens teilweise zu stopfen, war aus der Bundestagsfraktion der LINKEN angemerkt worden. „Unverantwortlich ist jedoch die Absicht der Bundesregierung, die Überschüsse in der Rentenkasse für eine Mini-Entlastung der Beitragszahler zu verpulvern, statt sie in eine nachhaltige Politik gegen Altersarmut zu investieren“, sagte Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher. Die Bundesregierung habe auf Anfrage der LINKEN

bestätigt, dass jede Rentenanpassung der vergangenen zehn Jahre von der Preissteigerung komplett aufgeessen wurde. Während die Preissteigerung im Zeitraum von 2001 bis 2012 durchschnittlich rund 1,36 Prozent pro Jahr betrug, wurden die Renten nur um rund 0,82 Prozent pro Jahr erhöht, so dass nach Abzug der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung gerade einmal eine Steigerung um mickrige 0,56 Prozent übrigblieb. Real sind die Renten in den vergangenen Jahren damit deutlich gesunken. Geringverdienende Frauen und Erwerbsgeminderte tragen ein sehr großes Altersarmutsrisiko. Ihnen könnte mit einem Verzicht auf die geplante Beitragssatzsenkung geholfen werden.

Denn eine Senkung des Beitragssatzes auf 19,6 Prozent brächte Arbeitnehmern im Durchschnitt nur 3,80 Euro mehr im Monat. Der Rentenversicherung würden jedoch ungefähr 3,3 Milliarden Euro an Einnahmen verloren gehen, die sonst für den Kampf gegen Altersarmut eingesetzt werden könnten. Diese Summe entspricht in etwa den Kosten, die eine Fortführung der Rente nach Mindestentgeltpunkten und eine Erhöhung der Erwerbsminderungsrente um gut 100 Euro durch Abschaffung der Abschläge und einer Verlängerung der Zurechnungszeiten verursachen würden. ■

## Netzpolitische Kompetenz

Nachdem die Landtagsfraktion der Grünen die Internetnutzer zu einem „kritischen Umgang mit so genannten Social Plugins auf Seiten wie Facebook“ gemahnt hatte, erklärte Katharina König, Sprecherin für Netzpolitik der Linksfraktion: „Es freut mich, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nun endlich versucht, netzpolitische Kompetenz zu beweisen - insbesondere vor dem Hintergrund, da sie noch im vergangenen Jahr den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag verankerten Netzsperrern einstimmig ihre Zustimmung erteilte.“ Die Fraktion beziehe sich auf Erkenntnisse, die das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD) bereits am 19. August veröffentlicht hatte. Es forderte von allen Webseitenbetreibern, Datenweitergaben über ihre Nutzen an Facebook in den USA einzustellen, da dies gegen das Telemediengesetz und gegen das Bundesdatenschutzgesetz verstößt. „Dass Facebook ein digitaler Datenfresser ist, sollte bekannt sein. Von den GRÜNEN erhoffe ich mir jedoch mehr netzpolitisches Engagement“, so König mit Verweis auf den Ausbau des Breitbandnetzes in Thüringen sowie die bundesweit immer wieder auftauchenden Debatten zu Nutzer-Zugangssperren wegen Urheberrechtsverletzungen. ■

## Alternative-54-Scheck für Schulförderverein

Die Freunde und Förderer der Grundschule Neunhofen (bei Neustadt/Orla) haben es bisher immer geschafft ihre Mitglieder und mit-helfenden Eltern zu überzeugen mitzumachen, wenn es Not tut. Ob beim Malern oder beim Reinigen des Schulgeländes, ob beim Sammeln von Finanzen für Farbe,

Möbel oder wie aktuell für eine kleine Küche. Daher stellte der Schulförderverein einen Antrag an den Verein Alternative 54 e.V. der Landtagsabgeordneten der Linksfraktion, um das Projekt „Einrichtung einer Hobbyküche“ im Schulhaus verwirklichen zu können.

Diese Küche soll einen kleinen Freiraum wieder mit Leben erfüllen, ob im Unterricht oder in der Arbeitsgemeinschaft des Hortes „Kochen und Backen“. Solche Projekte, wie gesundes Frühstück, Kochen mit regionalen Produkten, Verarbeitung der Erträge aus dem Schulgarten, bieten sich dazu an. Mit Freude überbrachte ich der engagierten Vorsitzenden des Fördervereins, Gabi Kühn, im Beisein von Kreisrat Thomas Hofmann einen Scheck in



Höhe von 400 Euro von der Alternative 54 e.V. in der Überzeugung, dass wir zur weiteren Umsetzung des Vorhabens dankbare Hilfe leisten.

Bei der anschließenden Besichtigung überprüfte der Landratskandidat der LINKEN für den Saale-Orla-Kreis, Thomas Hofmann, gleichzeitig kritisch die Umsetzung bildungspolitischer Kreistagsbeschlüsse vor Ort und kündigte zugleich einige Anfragen im zuständigen Ausschuss sowie im Kreistag an, was aktuelle bauliche und personelle Dinge am Schulstandort Neunhofen betrifft.

Heidrun Sedlacik, MdL  
Vorsitzende  
der Alternative 54 e.V. ■

## KURZ UND PRÄGNANT



### Kita-Betreuung weiter ausgebaut

Weiter ausgebaut wurde das Betreuungsangebot in den Thüringer Kindertagesstätten. Wie das Statistische Landesamt mitteilte, standen Anfang März 2011 in den 1.314 Kitas 95.491 Plätze für Kinder bis 14 Jahre zur Verfügung, das waren 731 mehr als im Vorjahr. In 214 Einrichtungen – 15 mehr als im Frühjahr 2010 – wurden behinderte Kinder gemeinsam mit Nichtbehinderten betreut. Knapp zwei Drittel der Kindertagesstätten befinden sich in freier Trägerschaft, 37 Prozent werden von öffentlichen Trägern betrieben.

Archiv-Foto (April 2010) vom erfolgreichen Thüringer Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik. ■

### Weltnaturerbe Hainich würdigen

Als „unangemessen zurückhaltend“ kritisiert MdL Katja Wolf die verhaltene Reaktion der Landesregierung auf die bereits am 25. Juni erfolgte Auswahl des Hainich als UNESCO-Weltnaturerbe. Auch von einer angemessenen finanziellen und personellen Ausstattung könne nicht die Rede sein. Die Abgeordnete fordert, dass die vorgesehenen Personalstellen auch besetzt werden. „Dass der Hainich Weltnaturerbe ist, muss doch für die Menschen hierzulande, aber auch überregional, erlebbar gemacht werden. Das Schalten einer Internetseite reicht bei weitem nicht aus.“ Es sei jedoch ein richtiger Schritt, dass im Zuge der kürzlich abgeschlossenen Forstreform die Verwaltung des Hainich nicht mit in die Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“ übergegangen ist und unter der Ägide des Landes bleiben wird. Überzeugt ist die Umweltpolitikerin aber auch von der Notwendigkeit einer angemessenen Ausstattung des Nationalparks, um die vielen Aufgaben im Naturschutz, in der Umweltbildung und regionalen Entwicklung erfüllen zu können. Die Linksfraktion hat dazu eine parlamentarische Anfrage eingereicht. ■